

einem der sechs Präsidenten des Weltrates gewählt. Patriarch Illia, der seit Ende 1977 an der Spitze der Georgischen Kirche steht, war von 1968 bis 1975 Mitglied der Arbeitsgruppe Kirche und Gesellschaft beim ÖRK.

Zu vieles getan auf Kosten des Eigentlichen

„Somit stellt sich die Frage, wie wir in den kommenden Jahren als Kirchen und als Rat von Kirchen miteinander leben werden.“ Diese von Philip Potter am Ende seines Berichts aufgeworfene Frage ist nach der Tagung in Kingston keinesfalls leichter zu beantworten. Der umfassende Anspruch des Weltrates, wie er gerade in Potters Äußerungen deutlich zum Ausdruck kam, wird von der Wirklichkeit nicht gedeckt. Angesichts der Finanzkrise und der durch Kingston nicht aus der Welt geschafften Spannungen zwischen dem ÖRK und einzelnen Mitgliedskirchen scheint es fraglich, ob die anspruchsvolle neue Zielvorstellung, zur Einheit der Menschheit beizutragen, die weitere Arbeit wirklich entsprechend motivie-

ren und zusammenfassen kann. Es gibt kaum ein anspruchsvolles und weltweit relevantes Thema der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, dem sich der ÖRK in den letzten Jahren nicht zugewandt hat. Dabei besteht sicher die Gefahr, daß durch den Anspruch auf umfassende Kompetenz spezifische Aufgaben des Weltrates in den Hintergrund rücken.

Wenn auch in Jamaica die Diskussion um das Antirassismus-Programm im Vordergrund stand, wird es in den nächsten Jahren darauf ankommen, daß das Gespräch der Mitgliedskirchen mit dem ÖRK angesichts der tiefreichenden Krisenerscheinungen möglichst grundsätzlich geführt wird. Nur durch einen produktiven Austausch kann verhindert werden, daß aus dem ÖRK ein Apparat wird, der ohne größere Resonanz weiterläuft, ohne der notwendigen Vermittlung von Einheit und Pluralität des Christentums angesichts der gegenwärtigen Weltprobleme wirklich zu dienen. Auch für die Zukunft der Beziehungen zwischen ÖRK und katholischer Kirche wird viel davon abhängen, ob in den nächsten Jahren ein Weg aus der Krise des ÖRK erkennbar sein wird.

Ulrich Ruh

Länderbericht

Zwischen Druck und Widerstand

Zur Lage der Kirche und der Christen in der ČSSR

Die ergebnislosen Gespräche des Sondernuntius im Rat für öffentliche Angelegenheiten der Kirche, Erzbischof *Luigi-Poggi*, in Prag im April des vergangenen Jahres wurden bis jetzt nicht wieder aufgenommen, auch nicht durch Sondierungsgespräche eines Beamten der Kurie, der 1978 sich zweimal bei einer recht großen Anzahl von Geistlichen im Lande selbst umsehen konnte. Die Prager Regierung scheint an einer Wiederaufnahme der Gespräche derzeit kein Interesse zu haben. Der offenkundige Mißerfolg der Gespräche im Frühjahr und die abgelehnten Sondierungsgespräche im Herbst scheinen in der Kurie zu einer Haltung des Abwartens geführt zu haben. Das scheinbar Paradoxe dabei ist, daß in der ČSSR nicht nur der weitaus größte Teil des Klerus darüber befriedigt ist; selbst aus der Spitze der Priestervereinigung „*Pacem in terris*“ wurden zustimmende Stimmen laut. Auch aus dem Führungskreis der Vereinigung waren Stimmen zu hören, die ausdrücklich eine härtere Gangart des Heiligen Stuhls in den Verhandlungen mit Prag fordern. In Rom war aber auch am Ende des abgelaufenen Jahres eine gewisse Unsicherheit, ja Ratlosigkeit nicht geschwunden. Jetzt wartet

man, so scheint es, auf eine Anregung zu einer neuen Gesprächsrunde. Dem Vernehmen nach hat der Papst Kardinal *Tomášek* für März zu Gesprächen nach Rom gebeten. Es wird angenommen, daß dieser Wunsch im Zusammenhang mit der Suche nach weiteren Hilfsmöglichkeiten für die Kirche in der ČSSR steht. Die Frage ist nun, ob die Prager Regierung es wagen wird, dem Kardinal die Ausreise zu verweigern.

Verstärkung der atheistischen Propaganda

Die Reaktion der Prager Regierung auf die römischen Ereignisse im Sommer und Herbst des abgelaufenen Jahres waren von auffallender Kürze und nichtssagenden Inhalten. Die beiden Parteiblätter, das *Rudè právo* in Prag und die „*Pravda*“ in Preßburg, brachten nur die kargen Pressemitteilungen der amtlichen ČeTeKa, die anderen Blätter, mit Ausnahme der beiden „katholischen“ Zeitungen, schwiegen.

Um so nachdrücklicher müht sich die Partei um die *Verstärkung der atheistischen Propaganda*. Dabei wird immer wieder auf die Beschlüsse der beiden letzten Parteikongresse und auf die des letzten Plenums des ZK der KPČ im März 1978 hingewiesen. Orte der Kampagnen sind die Schulen, Internate und Lehrlingsausbildungsstätten, aber auch die kommunistische Jugendarbeit außerhalb des Unterrichts in „Lenin-Zirkeln“, „Atheistischen Klubs“ usw. Ihr Ziel ist es, der „materialistischen Weltanschauung“ und dem Atheismus eine breite Anhängerschaft nicht nur unter den Parteimitgliedern, sondern in allen Schichten der Bevölkerung zu sichern. Dafür setzt die Partei *besondere Lektorengruppen* ein, die dafür eigens, auch von sowjetrussischen Experten, vorbereitet werden; mit eingespannt werden Vertreter anderer Gruppierungen, so die „Vereinigung der Eltern und Freunde der Schule“ (SRPS) oder die „Sozialistische Akademie“ (SAK). Dem gleichen Ziel dient *der Versuch, kirchliche Feste und Gebräuche durch sozialistische Riten und Gedenktage zu ersetzen*. Dafür arbeiten die „Sbory pro občanské záležitosti“, die „Vereinigungen für bürgerliche Angelegenheiten“.

Dabei wird immer öfter und deutlicher die letzte Zielsetzung aller Atheisierungs-Bestrebungen ausgesprochen: Es gehe nicht nur darum, die Menschen der Kirche zu entfremden, sie von der Praktizierung ihres Glaubens abzubringen, sondern vielmehr darum, ihnen an Stelle eines religiös-gläubigen Rahmens für einen christlichen Lebensvollzug neue, sozialistische Inhalte, ein neues *Lebensgefühl* und neue Riten anzuerziehen; es geht letztlich um einen pseudoreligiösen Ersatz für die verdrängte christliche Gläubigkeit. Die Stufenfolge, die sich bei dieser Erziehung des „neuen“ Menschen abzeichnet, heißt „wissenschaftliche“ Weltanschauung – „Ausgeglichenheit“ mit der Religion, d.h. Entfremdung von Kirche und kirchlichem Leben, christlichem Glauben und gläubiger Lebensgestaltung – Veränderung der Bewußtseinslage und des Bewußtseinsinhaltes – der „neue“, der „sozialistische“ Mensch mit einem neuen, dem „sozialistischen“ Lebensstil. Diese Linie zeichnet sich in zahlreichen Publikationen ab, meist mit der gleichen Ausdrucksweise, so daß entweder an eine Sprachregelung oder – was durchaus möglich ist – an eine ängstlich-genaue Nachahmung höherer Parteifunktionäre und des Parteijargons zu denken ist. Das muß auch von der eingestanden Prognose von einem lang andauernden Erziehungsprozeß wie von der unmißverständlich zugegebenen Entschlossenheit gesagt werden, im Kampf um diese ideologische Zielsetzung nicht nachzugeben.

Die Gefahr einer radikalen Entchristlichung wächst

Die Erfolge solcher Kampagnen sind beachtlich, wenn man nur ihre Auswirkungen nach außen betrachtet. Die Zahl der zum Religionsunterricht angemeldeten Kinder ist

in den letzten Jahren sehr stark zurückgegangen (auch in Städten und Gemeinden der Slowakei). Stark abgenommen hat der Gottesdienstbesuch – er wird nach Möglichkeit von Staats wegen registriert. Genaue Zahlen über Taufen, Trauungen gibt es in keiner Diözese, nur allgemeine Übersichten und Schätzungen, die ebenfalls Rückläufigkeit anzeigen. Mißt man aber die Atheisierungskampagne an dem Ziel, wirkliche neue Überzeugungen zu schaffen, so ist der Erfolg im Verhältnis zum Aufwand äußerst gering. Die große Masse der Bevölkerung, vor allem die der mittleren Generation, hat es satt, sich ideologisch gängeln zu lassen. Man macht mit, weil es notwendig erscheint; man vermeidet gegenteiliges Aufsehen; man stimmt widerwillig in den Chor der Slogans und Parolen ein; aber im rein persönlichen Bereich sieht es bei sehr vielen, auch bei Parteimitgliedern, anders aus. Der schlecht verborgene Überdruß und die Zunahme der Apathie vieler Menschen ist nicht zu übersehen.

Dennoch darf die Gefahr aus dieser Atheisierungskampagne nicht unterschätzt werden. Der total achristliche und antireligiöse Bildungsweg, vom Kindergarten bis zur Universität, auf den hier die gesamte heranwachsende Generation festgelegt wird, zeigt seine Wirkung. In einem Bericht über die Weltanschauungs- und Atheisierungsarbeit unter den Schülern einer neunklassigen Volksschule einer slowakischen Stadt gesteht eine Lehrkraft dieser Schule, daß in dem „Atheisten-Klub“ auch die Kinder „betreut“ werden, die den Religionsunterricht besuchen. Die *Gefahr einer radikalen Entchristlichung* ist real, und sie wird von der Kirche auch gesehen. Aber Bischöfe, Priester und Eltern sehen keine Möglichkeit, dem entgegenzuwirken. Die jüngere Generation der Väter und Mütter ist bereits selbst durch die atheistische Schule gegangen. Viele von ihnen hatten keinen oder nur einen sehr bescheidenen und sehr behinderten *Religionsunterricht* erhalten. Sie sind nicht in der Lage, ihren Kindern zu Hause die wesentlichen Inhalte des christlichen Glaubens zu vermitteln. Die Fälle sind nicht selten, wo gläubige und praktizierende Mütter jüngeren Alters einem Priester offen ihre Unfähigkeit gestehen, den Kindern in der Familie den fehlenden Religionsunterricht zu ersetzen. Und selbst die Kinder, die zum Religionsunterricht angemeldet sind und diesen besuchen, leiden an einer religiösen Unterernährung, weil dieser Religionsunterricht nicht den an ihn gestellten erzieherischen und didaktischen Anforderungen entsprechen kann. Es fehlt alles: Zeit, die Möglichkeit zu unterrichten, Bücher und Hefte, didaktische Unterrichtsmittel, die nötige Lehrfreiheit. Es ist erschreckend, mit welcher Akribie mittels Fragebogen in sehr vielen Klassen die religiöse Einstellung der Kinder und Jugendlichen „erfragt“ wird. Die pädagogische Einsicht, daß damit die kindliche Psyche vergewaltigt und der Charakter der Jugendlichen gebrochen wird, schiebt man angesichts der ideologischen Zwangslage der Lehrer und unter dem Druck der Kontrollen und Überprüfungen durch Partei- und Staatsfunktionäre innerhalb und außerhalb der Schule beiseite.

Die Jugend sieht im System keinen Lebensinn

Die Gefahr einer erzwungenen Atheisierung der jungen Generation wird aber noch durch die Tatsache übertroffen, daß sie dadurch dem christlichen Glauben und damit einer grundlegenden Sinngebung ihres Daseins entfremdet wird, ohne dafür einen Ersatz zu erhalten. Noch größer als bei den Erwachsenen ist bei Jugendlichen die Anzahl jener, die äußerlich im Gleichschritt der Parteiideologie mitmarschieren, aber nur soweit, als dies für Beruf, Fortkommen und andere Vergünstigungen, etwa für die Zulassung zum Studium, notwendig erscheint. Aber es fällt auf, daß selbst da nicht wenige junge Leute auf eine gute „Verhaltensnote“ verzichten, obwohl sie wissen, wie sehr man auf sie angewiesen ist. Es ist eine Irreführung des eigenen Landes, wenn Parteistellen so tun, als ob es in der ČSSR ein Jugendproblem nicht gebe. Es existiert in mannigfachen Formen auch in Gestalt beruflicher Sabotage und wachsender Kriminalität – nur wird es durch größere Härte unterdrückt. Die Zahl der jungen Menschen ohne einen Rest religiöser Bindung, ohne eine über den Alltag hinausreichende Lebenserfüllung wächst. Weder religiös-gläubig noch überzeugter Kommunist und Atheist, auf dieses „Ziel“ gehen die meisten Jugendlichen in der heutigen ČSSR zu, ohne selbst diesen Weg gewählt zu haben und vielfach ohne sich darüber Gedanken zu machen. Nicht der „neue“ Mensch zeichnet sich am sozialistischen Zukunftshimmel ab, sondern der vermaterialisierte, radikal säkularisierte und entleerte Mensch, der nach allem greift, was sich seinem seelenlosen Dasein anbietet.

Dem entgegenzuwirken hat die Kirche in ihrer Seelsorge fast keine Möglichkeiten. Man muß sich dennoch fragen, wie es dazu kommt, daß trotz allem gerade unter der jungen Generation eine neue Aufgeschlossenheit für das religiöse Fragen entsteht, wenn es auch nur eine geringe Zahl ist, die sich davon ausnehmen läßt. Das Phänomen ist aber nicht zu übersehen. Vielleicht haben es gerade deshalb die Kirchensekretäre so sehr auf eifrige junge Geistliche abgesehen, die bei der Jugend gut ankommen. Meist werden sie bei nächster Gelegenheit ausgebootet, ohne daß Bischöfe oder Kapitularvikare etwas dagegen unternehmen können. Die seelsorglich-religiöse Lage ist also nicht ganz so trostlos, wie sie vielfach erscheint; nur darf man sich aber nicht der Illusion hingeben, die Rückwendung zum Religiösen werde zu einer Massenbewegung. Die Tatsache an sich ist bemerkenswert, und sie läßt das düstere Bild eines absterbenden kirchlichen Lebens doch in einer etwas helleren Zukunftsperspektive erscheinen, auch wenn diese Zukunft praktisch ganz von den drangsalierten Gläubigen selbst abhängt.

Aber gerade dieser Umstand könnte durch *Ansätze zu einer inneren Polarisierung und Abkapselung* kleiner Gruppen gläubiger junger Menschen von den Gemeinden zu einer nicht minder gefährlichen Entwicklung führen. Man muß die Gründe bedenken, die zur inneren Polarisierung

und Isolierung führen: die Unzufriedenheit angesichts der kirchenpolitischen Zwänge, die aber als solche nicht ganz richtig erkannt und anerkannt werden, und eines damit zusammenhängenden, scheinbaren oder wirklichen Sichverlassen-Könnens nur auf sich selbst oder auf die verlässlichen nach außen abgeriegelten kleinen Gruppen. Zu leicht werden von solchen Gruppen, die zumeist von recht eifrigen jungen Geistlichen geführt werden, Ursachen und Wirkungen im kirchenpolitischen und innerkirchlich-seelsorglichen Geschehen verwechselt. Man macht es sich sicher zu leicht, wenn man die Bischöfe kurzerhand als „Gefangene der Kirchensekretäre“ hinstellt und abwertet und dem Papst schlicht Nachgiebigkeit dem Regime gegenüber unterstellt. Wie machtlos einerseits Rom bei seinen Gesprächen mit den Prager Kirchenherren ist und andererseits wie unnachgiebig diese sind, zeigt sich dem unvoreingenommenen Beobachter schon im Fall der immer noch verweigerten Ernennung des Apostolischen Administrators von Trnava (Turnau), Bischof *Josef Gabriš*, zum Erzbischof, dieses 1978 (vgl. HK, Februar 1978, 101) neugeschaffenen Metropolitensitzes, weil Prag damit die Ernennung des seit März 1973 amtierenden Administrators von Olmütz, *Josef Vrana*, ohne eine Distanzierung Vranas von der Priestervereinigung „*Pacem in terris*“ erzwingen will. Sosehr die feste Haltung des Vatikans diesem Ansinnen gegenüber nach den erfolglosen Gesprächen im April 1978 weite Kreise im Klerus und Kirchenvolk befriedigt hat, so unbefriedigt ist man bisher von der vatikanischen Informationspolitik. Geistliche und Laien wollen nach solchen Gesprächen nicht auf Informationen der staatlichen Kirchensekretäre angewiesen sein; man wünscht eine offenere Sprache des Apostolischen Stuhls in seinen Kommunikationsmitteln, so wie dies die Prager Regierung außerhalb des amtlichen Nachrichtenweges für sich selbst in Anspruch nimmt. Es besteht der dringende Wunsch, daß wenigstens in den tschechischen und slowakischen Rundfunksendungen von Radio Vatikan konkret und offen informiert wird.

Das Schicksal der Orden bleibt weiterhin ungeklärt

Ungeklärt bleibt das *Schicksal der Ordensgemeinschaften*. Es ist nicht richtig, wie es gelegentlich auch im Westen dargestellt wird, diese seien im April 1950 durch die damalige Nacht- und Nebelaktion „aufgehoben“ worden; sie wurden aus ihren Häusern vertrieben, ihres Besitzes beraubt und abtransportiert, aber nicht aufgehoben. Die Generalprokuratur und der Oberste Gerichtshof haben 1968 und 1970 ausdrücklich erklärt, daß die Ordensgemeinschaften durch keine gesetzliche Maßnahme aufgehört haben zu existieren; daß nachträglich das Kirchensekretariat in Prag anders entschieden hat, aber praktisch indirekt Ordensgemeinschaften dennoch zur Kenntnis nimmt, ändert nichts an dieser Rechtslage. Längere Zeit war geplant im Parlament in Prag, den Entwurf eines entsprechenden Aufhebungsgesetzes einzubringen. Man scheint inzwi-

schen jedoch davon abgekommen zu sein, diesen im Lande selbst und auch außerhalb der Grenzen als offenkundige Unterdrückungsmaßnahme angesehenen Schritt zu vollziehen. Die Vermutung, mehrfache Interventionen von Ordensleitungen im Westen bei der Prager Regierung bzw. bei Staatspräsident Husak seien mit ein Grund für die Betreibung der Auflösung, ist sicher unzutreffend. Anzeichen aus letzter Zeit sprechen jedoch dafür, daß ein neuer Schlag gegen die noch in verschiedenen Häusern der *Sozialfürsorge tätigen Ordensfrauen* geführt wird. Durch Entlassungen und Zwangspensionierungen wird versucht, die Schwestern auch aus den letzten Tätigkeitsfeldern zu verdrängen. Man konzentriert sie in abgelegenen Häusern, um sie so endgültig aus dem Gesichtsfeld der Bevölkerung zu eliminieren. Es sieht so aus, daß dieses Ziel auch eine angeordnete und teilweise mit Hilfe der sog. „Katholischen Caritas“ in Prag durchgeführte Bestandsaufnahme aller von Schwestern bewohnten Häuser dienen soll. Zumal damit die Aufforderung verbunden war, für eine Vergrößerung des Wohnraumes für weitere Schwestern zu sorgen. In der „Caritas“ wurde auch schon die Meinung gehört, die sozialistische Gesellschaft benötige die caritative Tätigkeit der Schwestern nicht mehr, weil diese Gesellschaft im „sozialistischen“ System selbst diese Aufgaben wahrnehme und erfülle.

Den *männlichen Orden* gegenüber ist die Haltung der Kirchensekretäre und der Staatspolizei unverändert hart und ablehnend. Die Angst vor insgeheim angeschlossenen Ordensmitgliedern unter den Theologen der beiden Priesterseminare in Leitmeritz und Preßburg ist noch nicht geschwunden, jedenfalls gehen die Nachforschungen in dieser Richtung weiter. Aber auch der Druck auf die Theologen zum Eintritt in die Priestervereinigung hat sich nicht abgeschwächt. 1978 wurde bekannt, daß Bewerber um die Aufnahme in das Priesterseminar zur Staatspolizei vorgeladen und dort mit dem Angebot einer „Hilfe“ für ihr berufliches Fortkommen als Priester für eine Zusammenarbeit in Form von Berichten aus dem Leben des Seminars und an der Fakultät gedungen werden sollten. Die Zahl der zugelassenen Kandidaten war im Herbst auf ca. 23 je Seminar festgelegt, dann aber sowohl für das tschechische wie für das slowakische Seminar auf je 30 erhöht worden.

Gegenüber solchem Druck verdient ein Vorgang besondere Beachtung: der legale Widerstand gegen antikirchliche Maßnahmen in kirchlichen Gemeinden, aber auch durch einzelne nimmt zu. Berufsverbote für Geistliche werden nicht mehr resignierend und verängstigt hingenommen. Es häufen sich Fälle, in welchen aus den betroffenen Gemeinden gegen das Vorgehen der Kirchensekretär Beschwerde geführt und selbst an das Staatsoberhaupt und Parlament geschrieben wird, wobei die vollständigen Unterschriften der Beschwerdeführer nicht fehlen. Das einstweilen letzte hier bekannt gewordene Protestschreiben an Staatspräsident Husak z. B. trägt die Unterschrift von 190 Mitgliedern einer katholischen Ge-

meinde aus der Diözese Budweis. Sie bitten das Staatsoberhaupt um Zurücknahme des bereits ausgesprochenen Berufsverbotes für ihren Geistlichen und nennen auch die vermuteten Gründe für diese Strafmaßnahme: die monatliche Kinderkatechese im Rahmen des Sonntagsgottesdienstes der Gemeinde. Ihre Bitte unterstreichen sie mit dem Hinweis auf die in der Schlußakte von Helsinki zugesicherte Glaubensfreiheit. Sie erinnern Husak an seine öffentlichen Erklärungen, aber auch an die eigenen Leistungen für die Gesellschaft, für die nicht wenige von ihnen ausgezeichnet worden seien. Es gebe leider Funktionäre, die anders handelten, als Gläubigen in offiziellen Erklärungen zugesichert wird.

Auch *Einzelpersonen* melden sich jetzt häufiger zu Wort und scheuen nicht mehr Eingaben an amtliche Stellen und versuchen sich so gegen Willkürmaßnahmen zu wehren. Aus Nordostböhmen ist bekannt, daß dort während eines Esperantokurses ein katholischer Priester, der an dem Kurs teilnahm, außerhalb des Tagungsablaufs und vor dessen Beginn mit einer Anzahl Teilnehmer eine Eucharistiefeier gehalten hatte. Gegen den Organisator des Kurses wurde ein „außergerichtliches Verfahren“ wegen Beihilfe zur Behinderung der Aufsicht über die Kirchen und Religionsgemeinschaften (§ 178 des Strafgesetzbuches) eingeleitet. Der Betroffene wagte es aber, dagegen Beschwerde einzulegen. Auf der gleichen Linie liegen Beschwerden von Eltern wegen Behinderung der Anmeldung ihrer Kinder zum Religionsunterricht ebenso wie die Weigerung junger Geistlicher, der Priestervereinigung „Pacem in terris“ beizutreten. Aber nicht nur Beschwerden wurden abgesandt; es gibt auch ausgearbeitete Vorschläge, die Gewissens- und Glaubensfreiheit im Rahmen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung verwirklichen helfen sollen.

Eine neue persönlichere Gläubigkeit

Diese Beispiele machen doch wohl deutlich, daß nicht nur im äußeren Verhalten mancher Christen in der ČSSR ein *grundlegender Wandel* eingetreten ist, und dieser Wandel selbst erklärt sich nicht allein als Folge einer stärker wirkungsvolleren Menschenrechtskampagne im gesamten kommunistischen Machtbereich des europäischen Ostens. Gewiß hat die auffallende Rückbesinnung auf menschliche Grundfreiheiten auch bei den Christen in der ČSSR zu einer Festigung der eigenen Gewissens- und Glaubenshaltung geführt. Aber es ist mehr: nicht wenige der Katholiken in der ČSSR haben den qualitativen Sprung von einer wirklichen oder angeblich stark traditionsgebundenen Kirchlichkeit zu einem *personal* gelebten Glauben vollzogen. Dies aber ist, trotz allem, doch auch ein Qualitätsgewinn für die stark reduzierten kirchlichen Gemeinden des Landes, auch wenn diese mehr im Personal verankerte Gläubigkeit angesichts harter Bedrängnis von außen noch nicht allgemein und überall sichtbar wird und für jeden einzelnen riskant bleibt.

Jozef Nechluwyl